

## Globalismus versus Nationalismus

Die sicherheitspolitischen Vorstellungen von Hillary Clinton und Donald Trump

Patrick Keller | **Unterschiedlicher könnten die Positionen nicht sein: Hillary Clinton möchte die Führungsposition der USA in der internationalen Ordnung sowohl diplomatisch als auch militärisch wieder ausbauen. Donald Trump ist Nationalist, sein Auftreten geprägt von Desinteresse und Unkenntnis der Wechselwirkungen internationaler Politik.**

Unabhängig vom Ausgang der Präsidentschaftswahl dürften die Vereinigten Staaten von Amerika für die nächste Legislaturperiode die stärkste Volkswirtschaft der Welt bleiben. Die stärkste Militärmacht auf dem Globus bleiben sie bestimmt, die kulturell einflussreichste Nation sowieso – Wandel vollzieht sich in diesen Domänen langsamer als im Personalkarussell der Politik. Zugleich ist das Amt des amerikanischen Präsidenten bzw. der Präsidentin mit unverändert weitreichenden Befugnissen ausgestattet, insbesondere in der Außen- und Sicherheitspolitik und vor allem in Krisensituationen. So konnten alle Präsidenten der vergangenen 30 Jahre die amerikanische Außen- und Sicherheitspolitik auf jeweils charakteristische Weise prägen – ungeachtet wechselnder Mehrheiten im Kongress.

Das große weltweite Interesse an den politischen Vorstellungen der Kandidaten Hillary Clinton und Donald Trump ist daher berechtigt. Das gilt besonders für Deutschland, das

von den USA zuletzt mehr und mehr als Führungsmacht Europas behandelt wurde – eines Kontinents, dessen Sicherheit in letzter Konsequenz an der amerikanischen Beistandsgarantie über Artikel 5 des NATO-Vertrags hängt. Wie verlässlich ist diese Garantie, und mit welchen weiteren sicherheitspolitischen Akzentsetzungen ist zu rechnen?

Verlangt wird also ein Blick in die Glaskugel. Dabei helfen Wahlprogramme, Reden und Interviews der Kandidaten, ihre bisherigen Entscheidungen und der Blick auf die von Trump und Clinton ausgewählten Berater. Wirklich verlässlich ist nichts davon, insbesondere bei einem Mann wie Trump, der oft widersprüchliche Aussagen trifft, noch nie ein politisches Amt ausgeübt hat und auch wegen seines flirrenden Temperaments praktisch das gesamte außen- und sicherheitspolitische Establishment seiner Partei so gegen sich aufgebracht hat, dass es ihm nach einem Wahlsieg schwerfallen dürfte, fähige Gefolgs-

leute für Weißes Haus, Ministerien und Behörden zu benennen.

### Weltanschauliche Differenzen

Einige grundsätzliche Aspekte der sicherheitspolitischen Orientierung der beiden Kandidaten lassen sich trotzdem herausarbeiten. An erster Stelle stehen dabei nicht politische Details, die im Wahlkampf ohnehin unter die Räder kommen, sondern weltanschauliche Differenzen zwischen den Kandidaten. Clinton und Trump gehen von ganz unterschiedlichen Vorannahmen aus, die zu völlig gegensätzlichen Einschätzungen der internationalen Lage führen. Clinton steht für eine Haltung, in der internationale Kontakte, der Austausch von Ideen, Gütern, Finanzen und auch Menschen über Grenzen hinweg den Interessen und Werten der USA entsprechen. Sie will daher mehr Austausch, wenn auch nicht unreguliert, und ist bereit, die rechtlichen, politischen, institutionellen und moralischen Grundlagen dieses Systems aufrechtzuerhalten – notfalls auch mittels Einsatz von Gewalt gegen gewalttätige Störer. In der Sprache der amerikanischen Außenpolitikforschung muss man sie eine „liberale Internationalistin“ in der Tradition Woodrow Wilsons nennen, der von 1913 bis 1921 Präsident war.

Trump hingegen ist ein „populistischer Nationalist“ in der Tradition des demokratischen Präsidenten Andrew Jackson (1829–1837). Aus seiner Sicht ist Amerika ein Land, das gut – vielleicht am besten – allein zurecht kommt. Er ist gegenüber Handel und internationalen Kontakten nur insofern aufgeschlossen, wie sie ökonomische Vorteile für seine Kernwählerschaft, die weiße Arbeiterklas-

se, bringen. Er sieht in ihnen keinen Wert an sich, und Amerikas internationale Führungsrolle beschränkt sich für ihn darauf, dass die USA durch ihren Wohlstand und den Zusammenhalt ihrer freiheitlichen Gesellschaft anderen Vorbild sein sollen. Ein starkes Militär soll Amerika nicht etwa Feldzüge für abstrakte Prinzipien oder zur Unterstützung Verbündeter ermöglichen, sondern Feinde abschrecken und Angreifer vernichten.

Dieser Gegensatz ist beiden Kandidaten bewusst, und sie nutzen ihn zur Mobilisierung ihrer jeweiligen Anhänger. So sagte Trump in einer Rede am 22. Juni 2016 in New York, die Wahl entscheide zwischen seiner „policy of Americanism, focusing on what’s good for America’s middle class“ und Clintons „policy of globalism, focusing on how to make money for large corporations“. In Clintons Worten vom 2. Juni 2016 in San Diego: „It’s a choice between a fearful America that’s less secure and less engaged with the world, and a strong, confident America that leads to keep our country safe and our economy growing.“

Clinton ist demnach für ein Amerika, das die Globalisierung vorantreibt, gestaltet und nutzt. Außenpolitisch bedeutet das vor allem großes Engagement in internationalen Institutionen – von UN bis NATO – und für internationale Abkommen in Sachen Freihandel, Klimaschutz und Nichtverbreitung von Nuklearwaffen. Sie steht für die liberale internationale Ordnung, wie sie die USA nach dem Zweiten Weltkrieg etabliert und seither im Wesentlichen durchgesetzt und geschützt haben: UN-System und

**Clinton will Globalisierung vorantreiben und gestalten**

Menschenrechte, Völkerrecht und freie Seewege sind ihre Kernelemente. Wer gegen diese liberalen Prinzipien verstößt, etwa durch gewaltsame Regelung von Territorialstreitigkeiten, muss unter Clinton mit harter, gegebenenfalls sogar militärischer Gegenwehr der USA rechnen.

Dass diese Ordnung viel Gutes gebracht hat – Freiheit, Wohlstand, Berechenbarkeit, mehr internationale Zusammenarbeit und Partizipation –,

## Trump richtet sich gegen Freihandel und Einwanderung

kann gerade aus deutscher Sicht nicht bestritten werden. Ebenso klar ist, dass diese Ordnung heute unter Druck steht: von außen durch illiberale Akteure wie Russland, China, den Iran und den islamistischen Terrorismus; von innen durch soziale und institutionelle Fliehkräfte sowie antiliberalen Populismus von links wie rechts.

Für Jake Sullivan, Clintons wichtigsten außenpolitischen Berater und ehemaligen Leiter ihres Planungstabs im Außenministerium, liegt die Schlüsselaufgabe der nächsten US-Regierung daher in der Verteidigung und Weiterentwicklung dieser liberalen internationalen Ordnung. Das heißt einerseits, jenen Akteuren die Stirn zu bieten, die ihre eigene Ordnungsvorstellung durchsetzen wollen. Andererseits, und das ist noch schwieriger, weil unkonventioneller, muss diese liberale internationale Ordnung so angepasst werden – in ihren Institutionen, in ihren Legalismen, in ihren Abläufen –, dass sich machtpolitische Aufsteiger wie China mit ihr arrangieren anstatt sie stürzen oder marginalisieren zu wollen. Und zugleich müssen Wege gefunden werden, immer stärker ermächtigten einzelnen Bürgern die Vorzüge ihrer Teilhabe

an diesem System zu verdeutlichen. Clinton weiß: All das wird selbst für die USA ohne Verbündete und Partner nicht zu schaffen sein.

Für Trump ist diese gesamte Denkweise von Übel. Der Globalismus dient aus seiner Sicht dazu, die Taschen einer sehr schmalen amerikanischen Elite zu füllen, die nicht zufällig den Großteil der Spenden für die Clinton-Kampagne aufbringt: Investmentfonds, Banken, Kanzleien. Und für andere Nationen ist der Globalismus ein Weg, Amerika auszunutzen, zu schwächen und in die Überdehnung zu locken. Es ist daher zwingend, dass sein Aufbegehren gegen Freihandel und Einwanderung die beiden Schlüsselthemen der Kampagne Trumps sind. Es geht nicht um bessere Lösungen, die Trump kaum auszubuchstabieren in der Lage ist, sondern um den nationalistischen Protest gegen Symbole des Globalismus. Trumps außenpolitische Einlassungen, von keinerlei Vorerfahrung oder Studium getrübt, folgen daher einem merkantilistischen Prinzip. Alles steht unter der Frage: Was nutzt den USA? „Nutzen“ wird dabei ganz eng verstanden, nämlich finanziell und kurzfristig. Und „USA“ wird nicht weniger eng verstanden, nämlich als weiße amerikanische Arbeiterklasse.

### Wie steht Amerika zur NATO?

Der Gegensatz zwischen Globalismus und Nationalismus zeigt sich besonders deutlich an den beiden sicherheitspolitischen Fragen, die im Wahlkampf prominent diskutiert wurden: der Haltung zur NATO sowie der Strategie zur Bekämpfung des so genannten Islamischen Staates (IS).

Clintons Allianzpolitik ist konventionell. Sie betont, dass Verläss-

lichkeit ein hohes Gut in der internationalen Politik ist, und versichert den Verbündeten daher, dass die amerikanische Beistandsgarantie gilt. Und zwar innerhalb der NATO ebenso wie mit Blick auf bilaterale Verbündete wie Japan. Auch deswegen setzt sich Clinton dafür ein, die unter Obama beschlossenen Beschränkungen des Verteidigungshaushalts aufzuheben. In diesem Zusammenhang erinnert Hillary Clinton die Europäer daran, dass sie mehr in ihre Verteidigungsfähigkeit investieren müssen, um die Schieflage im Bündnis nicht zu weit zu treiben. Zugleich versteht Clinton aber, dass die USA die Vormacht im Bündnis bleiben werden. Diese besondere Verantwortung nehmen die USA aus wohlverstandem Eigeninteresse wahr.

Dafür nennt Clinton meist drei Gründe: Erstens haben zwei Weltkriege gelehrt, dass ein auf sich gestelltes Europa letztlich für Amerika noch größere Probleme bringen

würde. Zweitens richtet sich Russlands gegenwärtige Aggression nicht nur gegen seine Nachbarn, sondern gegen die Grundpfeiler der europäischen Friedensordnung, ja der liberalen internationalen Ordnung insgesamt. Dem müssen die USA entgegenzutreten, um die Stabilität dieser Ordnung weit über Europa hinaus zu wahren. Drittens schaffen Verbündete einen Mehrwert an Legitimität und sind sogar bereit, gemeinsam mit Amerika zu kämpfen. Dies wurde besonders deutlich, als infolge der Anschläge vom 11. September 2001 erstmals in der Geschichte der NATO Artikel 5 ausgerufen wurde und die europäischen NATO-Staaten den Krieg in Afghanistan unterstützten.

Trump tut diese Argumente ab. Aus seiner Sicht würde es die Sicherheit der USA nicht gefährden, auf die weitreichenden Beistandsgarantien für andere Staaten zu verzichten, solange die USA ihre militärische Vormachtstellung wahren und ausbauen.

Bild nur in  
Printausgabe verfügbar

Er versteht nicht, warum die USA so viele Ressourcen für die Sicherheit hochentwickelter Staaten wie Japan oder Deutschland aufwenden, anstatt sie direkt in die amerikanische Wirtschaft zu investieren. In einzelnen Stellungnahmen ging er sogar so weit, die Notwendigkeit der NATO infrage zu stellen oder die Gültigkeit der amerikanischen Beistandsgarantie davon abhängig zu machen, ob der angegriffene Staat die innerhalb der NATO vereinbarten 2 Prozent des BIP für Verteidigung ausgibt.

Solche Gedankenspiele erzeugen Nervosität unter den Verbündeten – vor allem in Osteuropa, aber auch in Japan, Taiwan und Südkorea.

## Für Trump ist Terror nur relevant in Bezug auf die USA

Trumps Gerede über seine Bewunderung für Putins Führungsstärke oder seine Gewissheit, mit Putin einen „Deal“ schmieden zu können, verstärken das Unsicherheitsgefühl. Dazu passt, dass Trump Verbündete unter europäischen Rechtspopulisten findet – die äußeren und inneren Feinde der liberalen internationalen Ordnung rücken zusammen.

### Wie soll der IS bekämpft werden?

Sowohl Clinton als auch Trump sehen im islamistischen Terror die drängendste Bedrohung der Sicherheit Amerikas, aber sie wollen ihr auf unterschiedliche Weise begegnen.

Clinton will mit Partnern auch aus Nah- und Mittelost zusammenarbeiten und so die internationale Koalition im Kampf gegen den IS stärken. Entscheidend ist für sie dabei eine Befriedung des syrischen Bürgerkriegs, die sie unter anderem durch den Einsatz amerikanischer Truppen zur Errichtung von Schutzzonen erreichen will.

Trump hat sich im Laufe des Jahres widersprüchlich zu diesem Thema geäußert. Inzwischen schälen sich drei Hauptpunkte heraus. Erstens betont Trump, dass Clinton und Obama den IS geschaffen hätten, weil sie das Machtvakuum in der Region zu verantworten haben. Der überstürzte Rückzug amerikanischer Truppen aus dem Irak und die unnötige Intervention in Libyen hätten den IS möglich gemacht oder zumindest entscheidend gestärkt.

Zweitens hält Trump das gewalttätige Ringen um politische Herrschaft in der Region zwar für bedauerlich, aber ungefährlich für die USA. Die relevante Gefahr gehe allein von islamistischen Terroristen auf amerikanischem Boden aus. Daher will er drittens der Radikalisierung labiler Amerikaner durch eine schärfere Kontrolle des Internets vorbeugen und vor allem verhindern, dass Flüchtlinge oder illegale Einwanderer ins Land kommen. Er erwägt in diesem Zusammenhang einen vollständigen Einwanderungsstopp für Muslime (was eine verfassungswidrige Maßnahme wäre) und wirbt für die Ausweitung der Befugnisse der NSA, die Beibehaltung des Gefangenenlagers in Guantánamo und die Wiedereinführung „harter Verhörmethoden“ wie Waterboarding. Inzwischen kündigt Trump auch an, den IS mit massiven Luftschlägen und „20 000 bis 30 000“ amerikanischen Bodentruppen ausschalten zu wollen – nachdem er ursprünglich noch räsoniert hatte, man könne den IS in Syrien eindämmen.

Die Beispiele der Bündnis- und Anti-Terror-Politik zeigen, was auch für andere sicherheitspolitische Themen wie die US-Nuklearstrategie, den



Umgang mit dem Iran oder den israelisch-arabischen Konflikt gilt: Trumps Haltung ist nationalistisch und desinteressiert an der Welt, sie zeigt seine Unkenntnis über die komplexen Wechselwirkungen der internationalen Politik. Seine politischen Positionen sind persönlichen Launen unterworfen und werden oft fahrlässig ungenau artikuliert – aber immer grundiert von selbstverliebter Kraftmeierei. Eine Kombination, die internationale Krisen zu befeuern droht.

Demgegenüber ist Clinton eine bekannte, verlässliche Größe – und allein deswegen schon praktisch allen Freunden und Verbündeten der USA die bevorzugte Wahl. Ihre außenpolitische Erfahrung als First Lady, Senatorin im Streitkräfteausschuss und Außenministerin ist ihr aber zugleich Hypothek in einem Wahljahr, in dem die Wut auf das politische Establishment mehrheitsfähig sein könnte. Auch waren die zurückliegenden Amtsjahre nicht gerade von Erfolgen gekrönt – hier seien der misslungene „Reset“ mit Russland, der Bürgerkrieg in Syrien und das Erstarken des IS sowie der islamistische Angriff auf das US-Konsulat im libyschen Bengasi genannt.

Sollte sie trotzdem gewinnen, ist keine außen- und sicherheitspolitische Fortsetzung der Obama-Jahre zu erwarten. Zu prononciert ist ihre Haltung gegenüber illiberalen Störern der internationalen Ordnung, zu klassisch ihr Verständnis von Amerika als „exceptional nation“ und Hüter dieser Ordnung. Obamas Politik des machtpolitischen Rückzugs – mehr ideologisch gewollt als tatsächlich Folge innen- und budgetpolitischer Zwänge – wird revidiert werden, die amerikanische Führungsrolle in allen Welt-

regionen wird deutlicher mit diplomatischer und militärischer Präsenz unterfüttert werden. Schließlich wird Clinton eher zum Einsatz des US-Militärs neigen als Obama, wie sich in ihrer Haltung zu Syrien und dem IS bereits heute erkennen lässt.

In der Summe führt das zu kuriosen Verwerfungen in der außen- und sicherheitspolitischen Szene der USA. Viele Linke sind von der demokratischen Kandidatin irritiert, deren robuste Instinkte – wie in der Wahl des zentristischen Vizepräsidentenskandidaten Tim Kaine – unverkennbar sind, auch wenn sie oberflächlich Zugeständnisse wie die Abkehr vom Transpazifischen Freihandelsabkommen (TPP) macht.

Viele Republikaner hingegen können sich mit ihrem Kandidaten nicht anfreunden, weil sie ihn für nicht wirklich konservativ und/oder unzurechnungsfähig halten. In der Folge finden sich manche neokonservativen Unterstützer der Bush-Agenda wie Robert Kagan nun in Clintons Lager, während andere schlicht heimatlos geworden sind. Wie sich diese Lager nach der Wahl sortieren und welche neuen Ideen dabei entstehen, wird für die zukünftige Außen- und Sicherheitspolitik entscheidend sein.

## Mit Clinton ist keine Fortsetzung der Obama-Jahre zu erwarten



**Dr. Patrick Keller** ist Koordinator für Außen- und Sicherheitspolitik der Konrad-Adenauer-Stiftung in Berlin. Er gibt ausschließlich seine persönliche Meinung wieder.